

## „Blockadehaltung“

**Zum Artikel über die jüngste Attendorner Stadtratssitzung erreichten uns drei Leserzuschriften.**

Am Mittwoch konnte man in der Ratssitzung wieder einmal die Blockade-Haltung der Attendorner SPD in Bezug auf notwendige Veränderungen in unserer Stadt erleben. Nachdem man vor rund zwei Jahren nicht nur die Neuorganisation des Stadtmarketing und die Neuregelung der innerstädtischen Verkehre – beides notwendige Voraussetzungen für die jetzige Innenstadtentwicklung – rigoros abgelehnt hat, versuchte man nun, den durch die CDU maßgeblich geförderten Entwicklungsprozess der Innenstadt durch Denkverbote einzuschränken.

Denn obwohl es in den Ideenwerkstätten durchaus auch konstruktive Vorschläge für eine Entwicklung des Klosterplatzes gab, stellte die SPD gemeinsam mit der UWG den Antrag, jedwede Bebauung schon jetzt am Anfang der Überlegungen auszuschließen. Man berief sich dabei auf die 1400 Unterschriften, die die Anwohner des Platzes gesammelt hatten. Diese dürfe man nicht missachten. Abgesehen davon, dass viele der

Unterschriftengeber dem Vernehmen nach gar nicht aus Attendorf kommen – was ist mit den übrigen rd. 23.000 Attendornern? Und hier wird den nächsten Charakterzug der SPD deutlich: Sie versucht permanent, ihre Haltung an der wahrnehmbaren Stimmung in der Stadt auszurichten. Das ist keine verlässliche und konstruktive Politik.

Auf Antrag der CDU wurde deshalb über keinen der gestellten Anträge entschieden, um den Entwicklungsprozess ergebnisoffen weiterführen zu können. Dass die SPD nun gegen dieses mehrheitlich getroffene Votum des Rates wettet, zeugt von wenig Demokratieverständnis. Insofern kann man erahnen, was die SPD mit dem Wunsch nach neuen Mehrheiten im Rat nach der Kommunalwahl meint: Sie will dort ihren Willen durchsetzen. Was dies für Attendorf bedeuten würde, kann man schon anhand der ersten Zeilen dieses Leserbriefes erahnen.

**Rolf Schöpf für die CDU Attendorf**

Leserbriefe geben die Meinung des Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion wieder. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor.